

Bericht von der 3. Tagung der 12. Synode der EKD, 6.-9.11.2016 in Magdeburg
Ausschuss „Kirche, Gesellschaft und Bewahrung der Schöpfung“

Im Ausschuss wurde erneut über das Bundesprogramm **„Demokratie leben“** gesprochen. Der Beschluss, der von der Synode verabschiedet wurde hatte zum Inhalt, dass der Rat sich bei der Bundesregierung und dem Bundestag dafür einzusetzen soll, die bisherige Projektförderung in eine Regelfinanzierung auf eigener bundesgesetzlicher Grundlage zu überführen. So können die bisher aufgebauten Strukturen und Angebote gesichert, weiter ausgebaut, vernetzt und diese so dauerhaft für die Begleitung und Unterstützung geflüchteter Menschen, für Integration und ein demokratisch geprägtes und friedliches Zusammenleben in unserem Land nutzbar gemacht werden. Ausdrücklich dankte die Synode den Christinnen und Christen, Kirchengemeinden, zivilgesellschaftlichen Initiativen und allen engagierten Menschen in Deutschland, die täglich für Demokratie und Menschenwürde eintreten.

Unter der Überschrift **„Integration als Motor der sozialen Erneuerung“** bat die Synode den Rat der EKD, sich gegenüber der Bundesregierung, dem Bundesrat und den kommunalen Spitzenverbänden dafür einzusetzen, dass

- Integration zum Motor der sozialen Erneuerung wird und umfassend zur Armutsbekämpfung und zur Verbesserung der Teilhabe in unserer Gesellschaft beiträgt.
- ein zwischen Bund, Ländern und Kommunen abgestimmtes, inklusives Integrationskonzept entwickelt und umgesetzt wird. Integration braucht ein vernetztes Vorgehen zwischen allen staatlichen Ebenen sowie die aktive Einbeziehung von Zivilgesellschaft und Wohlfahrtsverbänden. Dabei kommt der Stärkung der kommunalen und quartiersbezogenen Ebene eine besondere Bedeutung zu. Im offenen Dialog mit allen Betroffenen müssen Sorgen und Ängste bearbeitet und Chancen erkannt werden.
- Instrumente der Sozial-, Familien-, Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Finanz-, Steuer-, Flüchtlingspolitik sowie der Stadtplanung und Quartiersentwicklung mit Blick auf die Bedürfnisse von Hiesigen und Geflüchteten konstruktiv verknüpft werden. Hierzu gehören u.a. der massive Ausbau des sozialen Wohnungsbaus, ein integrierendes und Chancengleichheit eröffnendes Bildungssystem, die zukunftsfähige Entwicklung von benachteiligten Quartieren, neue Zugänge zum Arbeitsmarkt für alle Menschen gleich welcher Herkunft.
- die interkulturelle Öffnung, die Vermittlung von interkultureller Kompetenz sowie die politische Bildung für Zugewanderte und Einheimische gestärkt werden.
- die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass Integration von Anfang an Vorrang hat – ungeachtet der Bleibeperspektive oder des Standes des Asylverfahrens.
- es zu einer schnellen, sorgfältigen Klärung und Absicherung des Aufenthaltsstatus unter Wahrung des individuellen Rechts auf Asyl kommt. Lange Wartezeiten auf den Beginn und den Abschluss des Asylverfahrens verhindern Integration, denn sie schließen Menschen von den nötigen Zugängen zum Schulbesuch, zu Qualifizierungsmaßnahmen und zur Arbeitswelt aus. Auch der für die Integration wichtige Familiennachzug wird über lange Zeit unterbunden.

Der Ausschuss hat weiterhin über einen Antrag beraten, der die Unterstützung der Rettungseinsätze der Organisation **„Jugend Rettet e.V.“** vorgesehen hatte. Die Synode hat daraufhin beschlossen, die jungen Menschen, die mit einem eigenen Boot die in Seenot geratenen Flüchtlinge im Mittelmeer retten, finanziell zu unterstützen. Der Rat wird prüfen, in welcher Höhe die EKD finanzielle Mittel bereitstellen kann. Finanziert wird die Beihilfe aus den Mitteln der Flüchtlingshilfe, für die im vergangenen Jahr 6 Mio. Euro veranschlagt wurden.